

# Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2021

## Wir brauchen eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit Klimadividende

**Wirksam** ist eine **CO<sub>2</sub>-Bepreisung** vor allem dann, wenn sie jeweils hoch genug ist, so dass wir unsere **Reduktionsziele einhalten**. Wenn wir uns auf solche CO<sub>2</sub>-Preise in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens einigen können, dann schafft dies auch die so wichtige **Planungssicherheit** für innovative/kosteneffiziente öffentliche und private Investitionen in eine fossilfreie Zukunft.<sup>1</sup>

Bei einer **CO<sub>2</sub>-Abgabe** muss der Staat regelmäßig für die notwendige Höhe sorgen. Bei einem **Emissionshandel** - mit einer entsprechend begrenzten Zertifikatmenge - stellt sich der notwendige CO<sub>2</sub>-Preis automatisch ein.

Damit eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung **sozial gerecht** ist und von uns Bürgern auch **breit akzeptiert** wird, sollten die Einnahmen vollständig in einem pro Kopf gleich hohen Betrag wieder an uns Bürger ausgeschüttet werden (ein möglicher Begriff dafür: **Klimadividende**). Für wenige soziale Härtefälle sind zusätzliche zielgenaue Unterstützungen notwendig.

Für bestimmte besonders **energieintensive industrielle Prozesse** wird es weiterhin **Sonderregelungen** geben müssen, solange globale Kooperation noch nicht ausreichend existiert.

## Was jetzt konkret zu tun ist

### ► Nationale Ebene

- **Versteigerung** der **Zertifikate** im nationalen Emissionshandel (nEHS) für die Bereiche Wärme und Verkehr, der zum 1.1.2021 in Deutschland eingeführt wurde, so schnell wie organisatorisch möglich. Damit bekommen wir früher den notwendigen CO<sub>2</sub>-Preis, um unsere Reduktionsziele einzuhalten. Derzeit ist diese Versteigerung erst ab 2026 geplant und die Zertifikate werden bis dahin ohne Mengengrenzung zu einem über die Jahre ansteigenden Festpreis abgegeben. Eine Versteigerung der Zertifikate bedeutet dagegen eine klare Mengengrenze.
- Solange diese Versteigerung noch nicht umgesetzt ist: **Festpreise** bei struktureller Verfehlung der Reduktionsziele zügig im notwendigen Maße **anpassen**.

### ► EU-Ebene

- Politisch auf der Basis des derzeit vorhandenen wissenschaftlichen Kenntnisstandes ein **Paris-kompatibles CO<sub>2</sub>-Budget** für die EU beschließen.
- So schnell wie möglich einen **EU-Emissionshandel** für **alle CO<sub>2</sub>-Emissionen** einführen, der mit einem Paris-kompatiblen Emissionspfad bzw. Budget unterlegt ist.

## Wahlprogramme

Was sagen die vorliegenden Wahlprogramme, der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien, zu einem **wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis** und zur **Einnahmeverwendung** aus dieser CO<sub>2</sub>-Bepreisung?

Machen Sie sich selbst ein Bild:

<sup>1</sup> Die oft diskutierten geschätzten Schadenskosten einer Tonne CO<sub>2</sub> machen zwar ein weiteres Mal die Dringlichkeit des Handelns deutlich, sind aber für die praktische Politik wenig relevant (z.B.: [Umweltbundesamt](#): 195 €<sub>2020</sub> / t CO<sub>2 äq</sub> bzw. 680 €<sub>2020</sub> / t CO<sub>2 äq</sub> bei einer Gleichgewichtung der Wohlfahrt heutiger und zukünftiger Generationen). Die Wirtschaftsakteure brauchen vor allem Planungssicherheit darüber, dass wir unsere Reduktionsziele über wirksame Instrumente einhalten; weniger über konkrete CO<sub>2</sub>-Preise.

Partei	Wirksame CO2-Bepreisung	Einnahmeverwendung
<p>AfD Stand: Be- schluss 11.04.21</p>	<p>Liegt noch nicht vor</p>	
<p>B'90/ Grüne Stand: Entwurf 19.03.21</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO2 erreichen, müsste der Preis 180 Euro betragen, was unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen würde.</li> <li>• Mit einer deutlichen Reduzierung von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen CO2-Preis im Bereich Strom und Industrie, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energie statt Kohlestrom zu Einsatz kommt. Sollte das auf europäischer Ebene nicht schnell genug gelingen, setzen wir auf einen nationalen CO2-Mindestpreis im ETS für Industrie und Strom.</li> <li>• Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO2-Preis eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter verbessert werden muss. Wir wollen die Erhöhung des CO2-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO2-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert.</li> </ul>	<p>Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO2-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen CO2-Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf.</p>
<p>CDU/ CSU</p>	<p>Liegt noch nicht vor</p>	
<p>Die Linke Stand: Entwurf 12.04.21</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz.</li> <li>• Auf EU-Ebene unterstützen wir eine Reform des EU-Emissionshandels, die zur Anhebung der Klimaschutzziele in den Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt und jeden Missbrauch des Instruments ausschließt.</li> </ul>	<p>-</p>

Partei	Wirksame CO2-Bepreisung	Einnahmeverwendung
<p>FDP Stand: Entwurf 13.04.21</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geografisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld.</li> <li>• Der Weg kann und muss in Deutschland und Europa starten, er ist aber erst beendet, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO2-Preis haben.</li> </ul>	<p>Die EEG-Umlage wollen wir schrittweise abschaffen, indem die Förderzusagen aus der Vergangenheit weitestgehend aus den Einnahmen der CO2-Bepreisung finanziert werden (...).</p>
<p>SPD Stand: Entwurf 01.03.21</p>	<p>-</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Daher werden wir die Umlage für erneuerbare Energien (EEG-Umlage) bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung.</li> <li>• Wir werden prüfen, ob im Laufe der Zeit und mit dem Ansteigen des CO2-Preises weitere Ausgleichsmaßnahmen – wie ein Pro-Kopf-Bonus – möglich werden.</li> <li>• Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten. Wir werden für diesen bedeutenden Integrationsschritt die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO2-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel heranziehen.</li> </ul>